

STRIKE FOR

FUTURE

DAS MANIFEST



VEREINT GEHEN WIR AM 21. MAI 2021 AUF DIE STRASSE UND STREIKEN FÜR EINE ÖKOLOGISCHE, SOLIDARISCHE UND GERECHTE ZUKUNFT FÜR ALLE!

Überall auf der Welt gehen Millionen von Menschen auf die Strasse und kämpfen für eine gerechtere Zukunft: Seien ihre Beweggründe riesige Waldbrände, rassistische Polizeigewalt, Femizide, überfüllte Asylager, unmenschliche Arbeitsbedingungen oder die Zerstörung der Ökosysteme und damit unserer Lebensgrundlagen.

Die Krisen sind real und ihre Dringlichkeit erfordert sofortiges und radikales Handeln.

Die Ursachen dieser Krisen und die Systematik dahinter sind klar: Das grenzenlose Wirtschaftswachstum, die damit verbundene Ausbeutung von Mensch und Natur, das Patriarchat und der Imperialismus verhindern eine gerechte, demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft.

Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen warnen seit langem: Um die Katastrophe zu verhindern, müssen wir die Erderhitzung auf 1.5 Grad begrenzen. Falls das nicht gelingt, werden unsere Ökosysteme kollabieren und die schon bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten um ein Vielfaches verstärkt. Wie unfähig unsere momentane Gesellschaftsform ist, die am stärksten Betroffenen ausreichend abzufangen, hat sich in der Covid-19 Pandemie deutlich gezeigt.

DAS AKTUELLE SYSTEM HAT VERSAGT

Aufgrund unseres Wirtschaftssystems, welches auf unbegrenztem Wachstum basiert, zeigen Regierungen, Grosskonzerne und Finanzinstitutionen kein Interesse daran, diese Krisen ernsthaft anzugehen. Die parlamentarische Politik ist aufgrund ihrer Demokratiedefizite nicht befähigt, eine Antwort zu liefern.

Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen, die das kapitalistische System erzeugt, können nicht innerhalb des Systems gelöst werden. Wir brauchen eine tiefgreifende Veränderung.

MEHR DEMOKRATIE!

Der Übergang zu einer ökologischen und gerechten Gesellschaft erfordert eine noch nie dagewesene Mobilisierung. Zwar kann ein Teil von uns über manche Gesetze abstimmen, doch wir verlangen mehr Transparenz und Partizipation. Wir brauchen ein neues Verständnis von Demokratie. Gemeinsam möchten wir über unsere Arbeits- und Lebensbedingungen entscheiden. Lokal, regional sowie international müssen wir demokratische Gefässe aufbauen.

Angesichts der Untätigkeit der Entscheidungsträger*innen schliessen wir uns zusammen und schaffen basisdemokratische Strukturen, die für den Übergang zu einer sozialen und ökologisch tragfähigen Gesellschaft nötig sind.

ORGANISATION IN LOKALGRUPPEN

Die Pandemie hat die Bedeutung unserer Beziehungen zu denjenigen gezeigt, mit denen wir unser Leben teilen.

Schliessen wir uns also zuerst vor Ort zusammen, wo wir unseren Alltag verbringen und formulieren wir Vorschläge und Forderungen zu gemeinsamen Anliegen. Nur wenn wir uns austauschen und unser Zusammenleben reflektieren, können wir uns von intersektional diskriminierenden Hierarchien und Verhaltensmustern befreien.

Organisieren wir uns in unseren Nachbarschaften, an unseren Arbeitsplätzen oder Ausbildungsorten in lokalen Gruppen, um die für die gewünschten Veränderungen notwendigen Alternativen auszuarbeiten und aufzubauen.

STRIKE FOR FUTURE

Mit dem Strike for Future nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand und tragen unsere Forderungen auf die Strasse. Wir weigern uns, noch länger auf Antworten der Regierung zu warten. Die Klimakrise ist global und kennt keine Grenzen... Wir auch nicht! Deshalb solidarisieren wir uns mit öko-sozialen Bewegungen in allen Erdteilen und kämpfen mit ihnen für eine lebenswerte Zukunft für alle!

Organisieren wir uns in der Schule und am Arbeitsplatz, im Alltag und in unserer Freizeit: Unser Streik wird uns in eine ebenso nachhaltige wie grossartige Zukunft führen – ökologisch, sozial, feministisch und antirassistisch!

FORDERUNGEN

1. Bildung für eine klima- und sozial gerechte Gesellschaft

Bildung wird heute oft sehr eingeschränkt als Schulbildung und berufliche Ausbildung verstanden. Bildung hin zu einer gerechteren Gesellschaft, sowohl betreffend Klima und Umwelt als auch sozialer Inklusion, geht dabei oft unter.

Bildung muss darauf abzielen, Ungleichheiten aufgrund von Klasse, finanziellen Mitteln, Behinderungen, Geschlecht oder Migrationshintergründen etc. abzubauen. Sie muss zur Erziehung zur Selbstbestimmung beitragen und die Entdeckung der Umwelt ermöglichen. Sie muss so gestaltet sein, dass sie nicht mit dem Ende der Berufslehre oder Hochschulausbildung abgeschlossen ist, sondern als lebenslanges, generationenübergreifendes Projekt ausgelegt sein. Dazu muss sie auch soziale, zwischenmenschliche Fähigkeiten (Empathie, Solidarität, Zuhören) fördern und nicht nur strikt auf den Arbeitsmarkt ausgerichtete Fähigkeiten unterrichten. Nicht zuletzt muss sie den Menschen die Fähigkeiten mitgeben, die sie brauchen, um die Klimakatastrophe abzuwenden.

Um eine Bildung zu ermöglichen, die angesichts der Klimakatastrophe ihre Verantwortung wahrnimmt, benötigt die Bildung mehr finanzielle Mittel, mehr Personal und den Einbezug aller Akteur*innen (Fachpersonen, Eltern, Kinder, etc.).

2. Das Klima und die Biodiversität sind zwei Facetten derselben Krise

Biodiversität ist ein grundlegender Faktor, der das Funktionieren aller Ökosysteme ermöglicht, die die Basis allen Lebens und auch der heutigen Wirtschaftssysteme sind. Der Mensch ist auf die biologische Vielfalt angewiesen und muss daher der Natur mehr Raum geben und sie besser schützen.

Jetzt, wo das 6. Massenaussterben bereits begonnen hat, ist es zwingend notwendig, die Bevölkerung zu informieren, damit sie sich der Auswirkungen unseres Handelns bewusst wird. Der gesetzliche Schutz der Biodiversität muss gestärkt werden. Darüber hinaus fordern wir, dass vor jeder zukünftigen Entscheidung, zum Beispiel beim Bau oder in der Politik, die Auswirkungen auf die Biodiversität berücksichtigt werden. Wir fordern eine biodiversitätsfreundliche Landwirtschaft und ein Ende des Einsatzes von umweltschädlichen Produkten und Methoden.

3. Für das Recht auf nachhaltige, gesunde und sinnvolle Arbeit mit guten Bedingungen und gerechter Bezahlung!

Die derzeitige Wirtschaftsorganisation ist durch die unbegrenzte Ausbeutung von Ressourcen und Menschen gekennzeichnet. Sie fördert die Zerstörung der Umwelt, akzentuiert soziale Ungleichheiten, macht krank und trägt zur Sinnlosigkeit unseres Lebens bei.

Die ökologische Wende impliziert den Abbau von umweltbelastenden Industrien und Dienstleistungen. Es darf aber nicht sein, dass die Arbei-

tenden in den betroffenen Sektoren für diesen Wandel bezahlen müssen. Damit die Wende sozial ist, darf niemand aufgrund der notwendigen Veränderungen arbeitslos, ohne oder mit geringerem Einkommen oder in prekären Verhältnissen zurückbleiben. Damit die Wende sozial wird, wollen wir grosse öffentliche Investitionen in die Schaffung nachhaltiger, stabiler, gesunder und gut bezahlter Arbeitsplätze und in Arbeit, die Sinn macht. Dies erfordert u.a. einen starken öffentlichen Dienst, der im Verhältnis zu Einkommen und Vermögen finanziert wird, sowie einen Stopp von Privatisierungen, die zur Konzentration von Reichtümern beitragen. Ausserdem braucht es Umschulungsmöglichkeiten sowie Einkommens- oder Beschäftigungsgarantien.

Wir wollen mehr Demokratie am Arbeitsplatz. Die Arbeitenden müssen in die Entscheidungsfindung über Produktionsmethoden, Unternehmenspolitik und ihre eigenen Arbeitsbedingungen einbezogen werden, einschliesslich der Reduzierung von Lohnunterschieden.

Wir fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für die unteren und mittleren Einkommen – eine kürzere Arbeitswoche, längere Elternzeit und ein niedrigeres Renteneintrittsalter! So reduzieren wir den ökologischen Fussabdruck und schaffen die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung und eine gerechte Verteilung der häuslichen, erzieherischen und familiären Betreuungsarbeit.

4. Für ein soziales, bäuerliches und agrarökologisches Ernährungssystem

Wir erkennen an, dass das derzeitige agroindustrielle Modell der Lebensmittelproduktion, das auf Export, Monokulturen für Tierfutter und industrielle Verarbeitung ausgerichtet ist, extrem umweltschädlich ist und weder das Grundrecht aller Menschen auf ausreichende und gesunde Ernährung noch das Recht der Lebensmittelproduzent*innen auf ein angemessenes Einkommen für ihre Arbeit garantieren kann. Dieses globalisierte Wirtschaftssystem spekuliert auf Lebensmittel, die als Exportgüter betrachtet werden und nicht als ein wesentlicher lokaler Bedarf, der mit der lokalen Wirtschaft verbunden ist. Dies trägt zur Fragilität und Volatilität der Märkte bei. Dies wird noch unterstützt durch die Vorherrschaft transnationaler Konzerne, die für sich in Anspruch nehmen, Saatgut zu patentieren und alle Vertriebs- und Verarbeitungssektoren des Lebensmittelsystems zu verwalten.

Wir fordern die Umsetzung von Ernährungssouveränität, die den Zugang zu Produktionsmitteln, Land und natürlichen Ressourcen für Lebensmittelproduzenten einschliesst, die Beteiligung von Lebensmittel-Kleinproduzent*innen an Entscheidungsprozessen und eine Umstellung auf eine gesündere kleinbäuerliche Landwirtschaft, die die Abschaffung von hochbelastenden Grosstierzuchtanlagen einschliesst, die sowohl zu Tierleid als auch zu einer ungesunden Verteilung von Schadstoffen in Lebensmitteln und in der Umwelt führen.

Die Lebensmittelverteilung in der Schweiz sollte aus den Händen der Grossverteiler genommen werden, das die Verteilung von stark verarbeiteten und verpackten Lebensmitteln erzwingt. Wir fordern die Unterstützung lokaler Lebensmittelsysteme, die nachhaltige Produktionsprozesse nutzen, deren Auswirkungen sowohl in sozialer Hinsicht als auch in Bezug auf Treibhausgasemissionen, den Einsatz von Pestiziden und anderen Schadstoffen gering sind. Gleichzeitig sollen Nahrungsmittel je nach Transportweg (inländisch, europäisch, interkonti-

mental) zweckgebunden für die Förderung nachhaltiger, saisonaler und inländischer Produktion besteuert werden.

Bildung in Bezug auf unser Ernährungssystem sowie der Schutz und Ausbau der Rechte von Bäuer*innen und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, sind essentiell, um ein gesundes und faires Ernährungssystem aufzubauen. Dazu muss die UN-Erklärung zu den Rechten der Landarbeiter*innen umgesetzt werden und die Bildung zu Ernährung so früh wie möglich begonnen werden.

5. Für eine ökofeministische Zukunft!

Die Ausbeutung von Natur, Frauen, Transgender- und/oder nicht-binären Menschen, von Lebewesen und vom Lebendigen hat denselben Ursprung: patriarchale, kapitalistische, neoliberale und kolonialistische Herrschaftssysteme.

Der Ökofeminismus gibt uns eine Stimme, die heute zu oft ignoriert wird, gibt uns die Schlüssel zu einer harmonischeren, ökologischen, feministischen und inklusiven Zukunft, in der das Leben auf diesem Planeten einen Platz hat und respektiert wird. Wir wollen in einer solidarischen Gesellschaft leben, die Intersektionalitäten berücksichtigt – ohne Rassismus, Sexismus, Homophobie, Transphobie, Ableismus und Ökozid. Der Planet hat Grenzen, nicht aber unsere Bewegung!

6. Für legale und sichere Fluchtwege und die Anerkennung der Klimakrise als Grund für Asyl

Durch die Folgen der Klimakrise verlieren bereits heute und in Zukunft noch viel mehr Menschen ihre Lebensgrundlagen und sind gezwungen, ihre Zuhause zu verlassen.

Wir fordern gleiche demokratische Rechte für alle Einwohner*innen unabhängig von Aufenthaltsstatus und Staatsbürgerschaft. Wir fordern Personenfreizügigkeit für alle und eine menschenwürdige Migrationspolitik, die die Rechte aller Menschen wahrt.

Wir fordern, dass die Schweiz sich international für legale und sichere Fluchtwege einsetzt und sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung positioniert. Wir fordern die unmittelbare Einführung von Seenotrettungsprogrammen. Die Schweiz muss sich für die Evakuierung der Lager einsetzen und selbst geflüchtete Menschen aufnehmen.

Um nicht länger an den Ursachen der Zwangsmigration mitschuldig zu sein, fordern wir, dass die in der Schweiz ansässigen Konzerne auch im Ausland Menschen- und Umweltrechte einhalten müssen. Die Finanzierung und Kreditvergabe für Geschäfte, die Menschen- und Umweltrechte missachten, soll verboten werden. Die Folgen der globalen Erhitzung müssen in der Schweiz als Grund für Asyl anerkannt werden. Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, dass dies auch im internationalen Kontext gilt.

7. Gesundheit ist ein Recht

Die Umwelt- und Klimakrise ist auch eine Gesundheitskrise. Umweltschäden verstärken extreme Wetterereignisse und Pandemien.

Globale Erhitzung, Umweltverschmutzung, Tierhaltung, Zersiedelung und die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen haben und werden schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung haben.

Wir sind nicht alle gleich, wenn es um aktuelle und zukünftige Risiken geht. Deshalb brauchen wir ein starkes, widerstandsfähiges und solidarisches Gesundheitssystem. Prävention ist ein wichtiges Thema der öffentlichen Gesundheit, das an den Orten, an denen wir leben, uns bilden, arbeiten und im öffentlichen Raum umgesetzt werden muss, ohne Diskriminierung. Wir wollen, dass die gesamte Gesundheitskette, von der Forschung über die Pflege bis hin zur Pharmaindustrie, ein öffentlicher Dienst ist. Wir wollen ein Gesundheitssystem, das ökologisch nachhaltig, sozial gerecht und zugänglich ist, frei von dem Streben nach Profit.

8. Globale Antworten auf die globale Mehrfachkrise

Die internationale Politik und das globalisierte Wirtschaftssystem sind die Ursache für die gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Krise. Überall auf der Welt kämpfen Bewegungen um Grundrechte und natürliche Ressourcen. Eine globale Krise braucht eine globale Lösung.

Die Monopole multinationaler Konzerne, der Neo-Kapitalismus mit Auswüchsen wie Freihandelsabkommen und faktischer Entmachtung von Regierungen zwecks Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen in den Bereichen Finanzwesen, Agrarwirtschaft, Extraktivismus, Pharma, Rüstung und Verkehr, inklusive Massentourismus, verursachen Umweltzerstörung, eine Zunahme extremer Wetterereignisse, erzwungene Migrationsbewegungen und die Verarmung von grossen Teilen der Bevölkerung. Diese Folgen haben zum Teil verheerende Auswirkungen auf den globalen Süden, insbesondere auf Frauen*, Indigene und Menschen, die in der Produktion von Grundnahrungsmitteln tätig sind, und im globalen Norden auf diskriminierte Minderheiten.

Die politischen Entscheidungsträger*innen, die grossen Unternehmen und der Finanzsektor der Schweiz müssen ihre Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung der Gesellschaften anerkennen. Wir fordern die gesetzliche Regulierung der Industrien im Einklang mit den Menschenrechten und den von der UNO definierten grundlegenden ökologischen Zielen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Schweiz konstruktiv an den Verhandlungen für den verbindlichen Vertrag gegen internationale Straflosigkeit beteiligt wird, die derzeit im Menschenrechtsrat in Genf stattfinden.

9. Kollektive und demokratische Organisation der Wirtschaft

Das langfristige Ziel ist die Etablierung einer Wirtschaft und einer Gesellschaft, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung decken, dabei die Grenzen des Planeten respektieren und so mit einem System brechen, das sich ausschliesslich am kurzfristigen Profit zugunsten einer privilegierten Minderheit orientiert.

Alle Menschen sollten demokratisch und kollektiv über ihre Arbeitsressourcen und -prozesse entscheiden können und die Möglichkeit erhalten, an der Verwaltung ihres eigenen Arbeitsplatzes teilzunehmen.

In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung sollte der Prozess einer signifikanten Erhöhung der Lebensqualität der Gesellschaft Vorrang vor Wachstum und Profit haben. Die Art und Weise, wie wir unsere Ergebnisse produzieren, konsumieren und bewerten, sollte sich an den Interessen, den Bedürfnissen und der Gesundheit der Gesellschaft, der Individuen in ihr und der Umwelt als Ganzes orientieren.

10. Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und Ausbau des ÖVs

Wir müssen die Art und Weise, wie wir reisen, im Einklang mit den Zielen der Reduzierung der Treibhausgasemissionen neu erfinden.

Wir brauchen einen kostenlosen, zugänglichen, effizienten öffentlichen Verkehr ohne raumverschwendende Klasseneinteilung. Ein europaweites Netzwerk von Hochgeschwindigkeitszügen und Nachtzügen sollen Kurzstreckenflüge ersetzen. Sichere Velorouten und nicht private motorisierte Gefährte sollten die Norm sein. Wenn nötig, können Kooperativen menschengrosse Elektroautos anbieten und Soft-Mobility sollte gefördert werden.

Produktion muss so regional wie möglich geschehen, damit Transportemissionen vermieden werden können. Die verbleibenden Warentransporte müssen umweltfreundlicher gestaltet werden.

11. Schaffung einer Kultur des solidarischen Miteinanders und sozialen Sicherheit für Kulturschaffende

Derzeit verbringen Künstler*innen den Grossteil ihrer Zeit mit abschreckenden administrativen Verfahren, anstatt ihre Zeit dem künstlerischen Schaffen zu widmen.

Kunst und Kultur stehen für Bildung für die ganze Gesellschaft und spielen eine besonders wichtige Rolle bei der Vermittlung von Werten wie Solidarität, Vielfalt und Ökologie.

Wir fordern die Anerkennung des Kulturschaffens als gemeinnützige öffentliche Bildungsarbeit. Deshalb fordern wir echte Anerkennung und finanzielle Unterstützung für diese Berufe, und die Vereinfachung der administrativen Verfahren für die Menschen und Akteur*innen des Kulturbereichs.

Ausserdem wollen wir das künstlerische Schaffen von der Logik des Produktivismus befreien und das Schaffen wieder in den Mittelpunkt stellen. Das heisst, nicht mehr nur das Ergebnis finanzieren. Stattdessen wollen wir denjenigen, die mit ihrer Schöpfung zu Zeugen ihrer Zeit und Gesellschaft werden, auch ein anständiges Leben zu ermöglichen, wenn sie forschen oder nicht direkt auf ein Ziel hinarbeiten, damit am Ende sinnvolle und bleibende Werke entstehen.

Wir wollen ebenfalls den Schaffenden die Zeit geben, um sich von dem Stress der gegenwärtigen Logik zu befreien, damit sie in einer Post-Wachstumslogik über ihre Produktion nachdenken können – um Ressourcen zusammenzulegen und wiederzuverwerten und ihren Verbrauch einzuschränken.

Schliesslich soll das künstlerische Schaffen nicht mehr auf das institutionelle Umfeld beschränkt werden. Wir wollen es Kunstschaffenden ermöglichen, vermehrt auf die Bevölkerung zuzugehen und nicht auf sie zu warten, indem wir einen offeneren Austausch mit der Öffentlichkeit fördern. Ihre Werke könnten deshalb partizipativ gestaltet oder im Lebensumfeld der Menschen verankert werden, anstatt immer nur im Rahmen von abgeschotteten Institutionen zu bleiben, die oft für zu viele Menschen undurchsichtig sind.

**12. So schnell wie möglich
CO2-neutral werden; die 1.5 Grad
Grenze nicht überschreiten!**

Die Klimakrise verschärft alle anderen Krisen. Eine globale Erwärmung von 2 Grad könnte zwischen 300 Millionen und 3 Milliarden Todesfälle verursachen! Die Schweiz muss ihre historische, gesellschaftliche und internationale Verantwortung wahrnehmen!

Die für diese Erwärmung verantwortlichen Emissionen sind grösstenteils auf unser Energiesystem (Produktion, Verteilung, Verbrauch) zurückzuführen.

Wir müssen so schnell wie möglich von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umsteigen und damit viele Arbeitsplätze schaffen. Dies wird jedoch nicht ausreichen. Wir müssen auch unseren Verbrauch reduzieren, Energie wiederverwenden und ein Gleichgewicht zwischen dem Notwendigen und dem Überflüssigen herstellen. Das bedeutet insbesondere den Ausstieg aus dem Heizöl und ein Umdenken bei der Mobilität.

**13. Transparentes Finanzsystem
ohne klima- und menschen-
schädigende Investitionen**

Finanzinstitute (Banken, Pensionskassen, Vermögensverwalter*innen, internationale Finanzinstitute etc.) sollen ihre Ressourcen zur Ermöglichung einer netto null Wirtschaft verwenden und dabei Nachhaltigkeitskriterien und Menschenrechte respektieren. Auch dürfen von jetzt an keine neuen Investitionen, Kredite und Versicherungen an Firmen, die fossile Rohstoffe fördern oder anderweitig zur Nichteinhaltung des 1.5 Grad Ziel beitragen, vergeben werden!

Die Finanzinstitute müssen bis Ende 2021 Pläne mit konkreten Zielen und Massnahmen für netto null ihrer Finanzflüsse bis 2030 präsentieren können.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Finanzsektor sollen so gesetzt werden, dass demokratische Kontrolle ermöglicht wird und Ausbeutung und Umweltzerstörung verhindert werden.

**14. Wir brauchen eine direkte
deliberative Demokratie, um
den ökologischen und sozialen
Notstand zu lösen**

Wir glauben, in einer Demokratie zu leben, aber das stimmt nur teilweise.

Lobbyismus, intransparente Finanzierungen politischer Kampagnen, Mandatskumulationen und Informationskontrolle verhindern eine faire Debatte.

Ausserdem ist nicht jede*r in der Lage, an unserer «Demokratie» teilzunehmen. Etwa 25% der in der Schweiz lebenden Menschen haben kein Wahlrecht, einem noch höheren Prozentsatz fehlen die Mittel und die freie Zeit, um zur Wahl zu antreten. Selbst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, verhindern zahlreiche Diskriminierungen (vor allem Geschlecht, Herkunft, Gesundheit und Hautfarbe) eine gleichberechtigte Vertretung.

Es braucht also den Mut zu mehr Demokratie. Dazu gehören Stimmrecht für Migrant*innen, und transparente Politikfinanzierung. Dazu gehört aber auch der Einbezug der Betroffenen in relevante Gesetzes- und Politikvorhaben. Gerade in der Ausarbeitung der Schweizer Klimapolitik ist es zentral, dass wir alle, die hier arbeiten und leben, mitreden.